**Bericht des SGD zum Entwurf eines Nachtrags betreffend die Verordnung
über den Zivilprozess (Zivilprozessordnung; ZPO)**

vom ...

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen mit dieser Botschaft den Entwurf eines Nachtrags betreffend die Verordnung über den Zivilprozess (Zivilprozessordnung; ZPO) vom 9. März 1973 (GDB 240.11) mit dem Antrag, auf die Vorlage einzutreten.

Sarnen, ...

Im Namen des Regierungsrates

Landammann: Hans Wallimann

Landschreiber: Urs Wallimann

Inhaltsverzeichnis

1. Auftrag	4
2. Vernehmlassungsverfahren	4
3. Verzicht auf Begründung von Zivilurteilen	4
3.1. Grundsätze	4
3.1.1 Anspruch auf Begründung des Urteils	4
3.1.2 Möglichkeit des Verzichts auf Begründung	4
3.2 Regelungsnotwendigkeit und –bedarf	5
3.3 Ausgangslage im Kanton Obwalden	5
3.3.1 Begründungszwang im Zivilprozessrecht	5
3.3.2 Verzicht auf Begründung von erstinstanzlichen Strafurteilen	5
3.4 Regelungen in anderen Kantonen	5
3.5 Entwurf der Schweizerischen Zivilprozessordnung (E-ZPO CH)	6
3.6 Entwurf eines Nachtrags (Verzicht auf die Begründung erstinstanzlicher Urteile und Verfügungen)	6
3.6.1 Änderung der Zivilprozessordnung	6
3.6.2 Änderung der GebOR	7
4. Mündliche Verhandlungen in summarischen Verfahren	7
5. Weiterleitung der Appellationserklärung	7
6. Auswirkungen	8
Beilagen zur Botschaft	8

1. Auftrag

Gemäss Art. 3 Abs. 1 Bst. b Ziff. 6 Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente vom 4. Juni 2002 (GDB 133.111) ist dem Sicherheits- und Gesundheitsdepartement bzw. der Justizverwaltung der Aufgabenbereich der Gerichtsorganisation samt Zivilverfahren zugeteilt.

Mit Schreiben vom 15. September 2006 gelangte der Obergerichtspräsident an die Vorsteherin des Sicherheits- und Gesundheitsdepartements mit einem Vorschlag bezüglich eines Nachtrags zur Zivilprozessordnung. Der Vorschlag beinhaltete bereits einen Rohentwurf samt Erläuterungen.

Im Vorschlag geht es darum, in zwei Punkten die Effizienz im Verfahren vor dem Kantonsgericht zu erhöhen, ohne dass dies mit einem Abbau des Rechtsschutzes verbunden wäre. Einerseits soll das Kantonsgericht wie schon im Bereich des Strafrechts ein Urteil nur noch schriftlich begründen müssen, wenn dies von einer Partei verlangt wird. Andererseits soll der Kantonsgerichtspräsident in SchKG-Sachen auf eine mündliche Verhandlung verzichten können. Schliesslich soll eine sachwidrige Regelung betreffend das Appellationsverfahren korrigiert werden.

Die Prüfung und Umsetzung des Vorschlages obliegt dem Sicherheits- und Gesundheitsdepartement. Am 13. Oktober 2006 hat die Departementvorsteherin entschieden, den Vorschlag zu prüfen und gegebenenfalls einen entsprechenden Entwurf zu erarbeiten. Mit Entscheid vom 27. Oktober 2006 hat die Vorsteherin den Entwurf zu einem Nachtrag betreffend die Zivilprozessordnung gutgeheissen und dem Regierungsrat zur ersten Lesung unterbreitet.

Mit Beschluss vom ... bereinigte der Regierungsrat den Entwurf zum Nachtrag gemäss erster Lesung und beauftragte das Sicherheits- und Gesundheitsdepartement zur Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens.

2. Vernehmlassungsverfahren

...

3. Verzicht auf die Begründung von Zivilurteilen

3.1. Grundsätze

3.1.1 Anspruch auf Begründung des Urteils

Der Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 29 Abs. 2 Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 [BV; SR 101]) umfasst unter anderem den Anspruch der betroffenen Person auf einen begründeten Entscheid. Die Parteien haben Anspruch zu wissen, wie das Gericht sein Urteil begründet, wie es sich mit den Parteivorbringen und Beweismitteln auseinandergesetzt hat. Die betroffene Person muss aus der Begründung des Urteils die Tragweite des Urteils entnehmen können. Der Bürger soll wissen, warum das Gericht entgegen seinem Antrag entschieden hat. Die Begründung eines Urteils muss deshalb so abgefasst sein, dass die betroffene Person es sachgerecht anfechten kann (BGE 126 I 102 Erw. 2b, 114 Ia 242 Erw. 2d).

3.1.2 Möglichkeit des Verzichts auf Begründung

Der Anspruch auf Begründung ist indes nicht unverzichtbar. Das kantonale Recht kann die Möglichkeit einräumen, auf ein begründetes Urteil zu verzichten (Urteil des Bundesgerichts vom 7. Juli 2003 [1P.213/2003] Erw. 2.3; im betreffenden Fall aus dem Kanton St. Gallen ging es u.a. um die Möglichkeit, im Strafprozess auf ein begründetes Urteil zu verzichten).

3.2 Regelungsnotwendigkeit und –bedarf

Die Begründung des Urteils erfordert viel Arbeit, was zu einer Verzögerung der Prozesse führen kann (Hauser/Schweri, Kommentar zum zürcherischen Gerichtsverfassungsgesetz, 2002, § 158 N 1). Die Überlastung der Gerichte und die zu lange Prozessdauer sind bekannte Tatsachen.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, durch organisatorische Vereinfachungen und Straffungen die Gerichtsverfahren zu beschleunigen und die Gerichte zu entlasten; freilich bei gleichbleibender Qualität der Rechtsprechung.

Gesetzgeberisch kann dies dadurch erreicht werden, dass die Gerichte auf die Begründung der Urteile verzichten können, wenn dies die Parteien nicht verlangen. Die Parteien sind oft mehr an einer raschen Erledigung des Prozesses interessiert als an der Begründung (Hauser /Schweri, a.a.O., § 158 N. 1). Insoweit bedarf es hauptsächlich einer Änderung der einschlägigen Bestimmungen in der Zivilprozessordnung.

3.3 Ausgangslage im Kanton Obwalden

3.3.1 Begründungszwang im Zivilprozessrecht

Nach der heute geltenden ZPO sind Urteile und Verfügungen zu begründen. So schreibt Art. 195 ZPO vor, dass das Urteil den Parteien mit den Entscheidungsgründen beförderlichst schriftlich mitgeteilt wird. Art. 217 ZPO bestimmt, dass bei arbeitsvertraglichen Streitigkeiten das Urteil den Parteien mit kurzen Erwägungen beförderlichst mitgeteilt wird.

3.3.2 Verzicht auf Begründung von erstinstanzlichen Strafurteilen

Im Gegensatz zum Zivilprozessverfahren besteht im Strafprozessverfahren schon seit einigen Jahren die Möglichkeit, auf die Begründung von (Straf-) Urteilen zu verzichten. Art. 128 Abs. 2 - 5 der Verordnung über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) vom 9. März 1973 (StPO; GDB 320.11) in der Fassung vom 19. Dezember 1996 lautet wie folgt:

² Die schriftliche Begründung kann bei erstinstanzlichen Urteilen entfallen, wenn keine der Parteien eine solche innert 20 Tagen seit Zustellung des Urteilsspruches ausdrücklich verlangt.

³ Die Umstände, die den bedingten Strafvollzug betreffen, rechtfertigen oder ausschliessen, sind in jedem Fall kurz zu begründen.

⁴ Urteile, mit denen eine Freiheitsstrafe von mehr als 18 Monaten oder eine sichernde Massnahme nach Art. 42 bis 44 sowie 100bis StGB ausgesprochen wird, sind in jedem Fall zu begründen.

⁵ Den Parteien ist mit der Zustellung des erstinstanzlichen Urteilsspruchs mitzuteilen, dass das Urteil rechtskräftig wird, wenn nicht innert 20 Tagen eine Urteilsbegründung verlangt wird; ausgenommen sind Fälle, in welchen das Urteil zwingend zu begründen ist."

Die Möglichkeit, zunächst nur den Urteilsspruch zuzustellen, hat sich in den vergangenen 10 Jahren bewährt. Es mussten einige Urteile nicht begründet werden. Die dadurch frei gewordenen Ressourcen konnten für andere Fälle eingesetzt werden.

3.4 Regelungen in anderen Kantonen

Auch andere Kantone sehen vor, dass auf die Begründung von erstinstanzlichen Zivilurteilen verzichtet werden kann.

So sieht Art. 79 ZPO NW vor, dass das Urteil den Parteien im Dispositiv zugestellt werden kann. Die Parteien sind unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 2 Ziff. 3 ZPO NW darauf aufmerksam zu machen, dass sie binnen zehn Tagen seit der Zustellung des Urteilsdisposi-

tivs eine vollständige Ausfertigung des Entscheides verlangen können (Art. 79 Abs. 2 ZPO NW). Hat eine Partei die vollständige Ausfertigung verlangt, ist der Entscheid in der Regel binnen Monatsfrist zuzustellen (Art. 80 Abs. 1 ZPO NW). Bei Officialverfahren oder wenn das Urteil von grundsätzlicher Bedeutung ist, bleibt die vollständige Ausfertigung des Entscheides trotz Verzichts vorbehalten (Art. 80 Abs. 2 ZPO NW).

Nach § 110 Abs. 1 ZPO LU kann der Richter Urteile und Entscheide ohne die Erwägungen zustellen, wenn die Parteien auf deren Eröffnung und das Ergreifen eines Rechtsmittels verzichten. Der Verzicht ist unter anderem dann gegeben, wenn bei schriftlicher Eröffnung des Rechtsspruchs einer unteren Instanz keine Partei innert 10 Tagen eine Ausfertigung mit Erwägungen verlangt (§ 110 Abs. 2 lit. b ZPO LU). Vorbehalten bleiben die amtliche Veröffentlichung von Erwägungen mit grundsätzlicher Bedeutung sowie die besonderen Vorschriften über die an das Bundesgericht weiterziehbaren und die nach Bundesrecht der Abänderung unterliegenden Entscheide (§ 110 Abs. 3 ZPO LU).

Dies trifft auch auf das Verfahren vor Arbeitsgericht zu (§ 55 des Gesetzes über das Arbeitsgericht, SRL 275).

3.5 Entwurf der Schweizerischen Zivilprozessordnung (E-ZPO CH)

Der Entwurf der ZPO CH vom 28. Juni 2006 sieht in Art. 234 lit. g vor, dass die Entscheide "gegebenenfalls" die Entscheidungsgründe zu enthalten haben. Nach Art. 235 Abs. 1 lit. b E-ZPO CH kann das Gericht seinen Entscheid ohne schriftliche Begründung eröffnen durch Zustellung des Dispositivs an die Parteien. Eine schriftliche Begründung ist nachzuliefern, wenn eine Partei dies innert 10 Tagen seit Eröffnung verlangt oder eine Partei Berufung erklärt oder Beschwerde erhebt (Art. 235 Abs. 2 E-ZPO CH). Zum Ganzen vgl. die Botschaft des Bundesrates vom 28. Juni 2006, in: BBI 2006 S. 7344 f.

3.6 Entwurf eines Nachtrags (Verzicht auf die Begründung erstinstanzlicher Urteile und Verfügungen)

3.6.1 Änderung der Zivilprozessordnung

Aus prozessökonomischen Gründen ist die Möglichkeit zu schaffen, dass das Kantonsgericht (erste Instanz) auf die Begründung von Urteilen und Verfügungen verzichten kann, so dass zunächst nur der Urteilsspruch (Dispositiv) zugestellt wird. Den Parteien ist eine Frist einzuräumen, innert welcher sie die Begründung des Urteils oder der Verfügung verlangen können.

Wie erwähnt, sieht der Entwurf der ZPO CH diese Möglichkeit auch vor. Bis diese Gesetzgebungsarbeiten des Bundes abgeschlossen sind und die E-ZPO CH in Kraft gesetzt werden kann, wird es jedoch noch einige Jahre dauern. Es rechtfertigt sich daher, die ZPO des Kantons Obwalden zu revidieren.

Die Revision betrifft in der ZPO folgende Bereiche:

- die allgemeinen Verfahrensbestimmungen (Art. 80 Abs. 2);
- das Verfahren vor dem Friedensrichter (Art. 118);
- das Verfahren vor dem Kantonsgericht (Art. 194 Abs. 3, 195, 196 Abs. 2);
- insbesondere das Verfahren bei arbeitsvertragsrechtlichen Streitigkeiten (Art. 217);
- insbesondere das summarische Verfahren (Art. 238 Abs. 2);
- das Appellationsverfahren (Art. 263 Abs. 1);
- das Rekursverfahren (Art. 272 Abs. 1);
- das Kassationsbeschwerdeverfahren (Art. 278 Abs. 1).

Erläuterungen oder Bemerkungen zu den einzelnen Artikel bedarf es infolge des bisher Gesagten nicht.

3.6.2 Änderung der GebOR

Es stellt sich die Frage, ob die Entscheidgebür herabzusetzen ist, wenn die Parteien auf eine schriftliche Begründung verzichten.

Beim Strafprozess hat dies der Gesetzgeber bejaht. Nach Art. 4 Abs. 3 Gebührenordnung für die Rechtspflege vom 28. September 1973 (GebOR; GDB 134.15) wird die Gerichtsgebür in Strafprozessen um einen Viertel herabgesetzt, wenn auf eine Urteilsbegründung verzichtet wird.

Folgerichtig müsste dies auch für Zivilprozesse gelten. In der Botschaft zur E-ZPO CH schreibt der Bundesrat (BBI 2006 S. 7344 f.): "Der Vorentwurf hatte eine Reduktion der Entscheidgebür um mindestens einen Drittel vorgesehen, wenn die Parteien auf eine schriftliche Begründung verzichten (Art. 231 VE). Eine solche Bestimmung ist problematisch: Indirekt bestraft sie die (unterlegene) Partei dafür, dass sie wissen will, weshalb sie den Prozess verloren hat. Zudem würde ein solcher Rabatt in die Tarifhoheit der Kantone eingreifen (Art. 94)."

Diese Auffassung überzeugt nicht. Ist das Urteil oder die Verfügung nicht schriftlich zu begründen, entsteht ein kleinerer Aufwand als bei einer schriftlichen Begründung des Urteils. Bei der Festsetzung der Gebür ist unter anderem der Umfang und der Zeitaufwand massgebend (Art. 4a GebOR). Aus diesen Gründen ist es gerechtfertigt, die Entscheidgebür herabzusetzen, wenn auf eine schriftliche Begründung verzichtet wird. Art. 4 Abs. 3 GebOR ist deshalb entsprechend zu ändern.

4. Mündliche Verhandlungen in summarischen Verfahren

Art. 235 Abs. 1 ZPO schreibt vor, dass bei summarischen Verfahren aus Zweckmässigkeitsgründen eine Verhandlung angesetzt werden kann. In Fällen nach SchKG jedoch ist immer eine mündliche Verhandlung anzusetzen.

Betroffen sind vor allem Rechtsöffnungsverhandlungen und Konkursöffnungsverhandlungen. Die Regelung verursacht einen erheblichen Aufwand, wenn man die Anzahl Rechtsöffnungsbegehren berücksichtigt (2004: 122, 2005:137 Rechtsöffnungsbegehren). Nur in etwa 30 bis 40 % aller Fälle erscheinen die Parteien zur (freiwilligen) Gerichtsverhandlung. Aus prozessökonomischen Gründen ist daher auf die obligatorische Ansetzung einer mündlichen Verhandlung für summarische Verfahren in Fällen nach SchKG zu verzichten. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass das Gerichtspräsidium eine Verhandlung ansetzen kann (vgl. Studer/Rüegg/Eiholzer, Der Luzerner Zivilprozess, 1994, § 232 N 3, S. 320).

Nach dem bisher Gesagten ist der zweite Satz von Art. 235 Abs. 1 ZPO zu streichen.

5. Weiterleitung der Appellationserklärung

Art. 264 Abs. 2 ZPO weist heute folgenden Wortlaut auf:

"Die Appellationserklärung wird mit den Prozessakten erst nach Bezahlung der dem Appellanten auferlegten erstinstanzlichen Gerichtskosten an das Obergericht weitergeleitet."

Diese Anordnung ist falsch. Mit der Erhebung der Appellation ist das Verfahren beim Obergericht hängig. Dieses – und nicht das Kantonsgericht – ist von diesem Moment an zuständig für eine allfällige Abschreibung des Verfahrens. Das Gleiche gilt hinsichtlich verfahrensleitender Anordnungen wie Fristerstreckungen. Das zuständige Obergericht muss deshalb sofort und nicht erst nach Ablauf der angesetzten Frist (für die Bezahlung der erstinstanzlichen Gerichtskosten) von der weitergezogenen Sache umfassend Kenntnis erhalten, damit es das Appellationsverfahren eröffnen kann.

Deshalb entspricht es langjähriger Praxis der Gerichte des Kantons Obwalden, dass das Kantonsgericht in Zivilfällen nach Eingang der Appellationserklärung sowie nach Ansetzung einer Frist zur Bezahlung der erstinstanzlichen Gerichtskosten gleichentags die Appellationserklärung mit den Akten an das Obergericht weiterleitet. Über die fristgemässe Bezahlung der Gerichtskosten wird das Obergericht durch das Kantonsgericht jeweils

orientiert. Dieses Vorgehen ist – entgegen dem Wortlaut der Ordnungsvorschrift in Art. 264 Abs. 2 ZPO – sachlich geboten und daher gerechtfertigt (vgl. Entscheid des Obergerichtspräsidenten vom 22. Juni 2006 [ZA 06/022]).

Demgemäss ist Art. 264 Abs. 2 ZPO an die langjährige Praxis der Gerichte des Kantons Obwalden anzupassen.

6. Auswirkungen

Die Einführung der Möglichkeit eines Begründungsverzichts kann die Dauer von Verfahren verkürzen. Die damit gewonnenen Ressourcen unterstützen letztendlich eine Entlastung der Gerichte bei gleichbleibender Qualität der Rechtsprechung. Verzichten die Parteien auf eine schriftliche Begründung, ist die Entscheidegebühr herabzusetzen. Allerdings dürfen sich die solchermassen entstehenden Mindereinnahmen wohl im Gleichgewicht halten mit den Mehreinnahmen, die sich infolge der Bearbeitung zusätzlicher Fälle ergeben.

Analoges gilt für den Verzicht auf die obligatorische Ansetzung einer mündlichen Verhandlung für summarische Verfahren in Fällen nach SchKG.

Die Änderung der Zivilprozessordnung betreffend die sofortige Weiterleitung der Appellationserklärung an das Obergericht beinhaltet keinerlei finanzielle oder personelle Auswirkungen, da es lediglich um eine Nachvollzug der geltenden Praxis geht.

Beilagen zur Botschaft

- Entwurf eines Nachtrags zur Zivilprozessordnung